

Notizen von der Querfront (Mai/Juni ´ 26)

Bürgerregierung

Es scheint die letzte Patrone, um ihr auslaufendes Projekt noch im Spiel zu halten. Sollte es der AfD in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern an der absoluten Mehrheit fehlen, bietet Sahra Wagenknecht schon jetzt für den Fall ihres Parlamentseinzugs ein Tolerierungsbündnis oder eine punktuelle Kooperation in Sachfragen an – allerdings nur im Rahmen einer „unabhängigen Bürgerregierung“, was immer das sein soll, geschweige denn sie zustande kommen könnte. Ob ein klarer Wahlsieger AfD solches Manöver mit sich machen ließe – die Wahl einer Regierung ohne eigene personelle Beteiligung? Außerdem: Wer würde denn über die Unabhängigkeit der Minister entscheiden – etwa der alte Knaacker am Küchentisch an der Saarschleife, nach Rücksprache und in Abstimmung mit den Herren Siegmund in Magdeburg und Holm in Schwerin? Würden radikalisierte AfD-Wähler eine solche Regierung überhaupt akzeptieren? Eher unwahrscheinlich, weshalb Wagenknechts so salomonisch ausschauende Idee auch als Täuschungsmanöver entlarvt werden muss.

Nach einem erwartbaren Fehlversuch würden wir wohl mit staatsfrommen Opfersprüchen – das heruntergewirtschaftete Land müsse schließlich rasch regiert und ein Wahlbetrug verhindert werden - die erste Querfront-Koalition in Deutschland untergejubelt bekommen. Was diese putschistisch anmutende Horrorformation einen würde – ein repressiver Kurs in Migrationsfragen, die Nähe zu Putins Terrorstaat und ihr hysterischer Populismus im Umgang mit den etablierten Parteien, den öffentlich-rechtlichen Medien und der unabhängigen Justiz.

Bis dahin versucht das BSW in den Wahlkämpfen mit weithergeholten DDR-Analogien gegen die Parteien der Mitte zu punkten, getreu der Devise ‚Wir hatten eine Mauer, wir brauchen keine Brandmauer!‘ oder: ‚Schluss mit den neuen Blockparteien und deren Wahlbetrug!‘ Dazu wird gegen den „Kriegshaushalt 2026“ und die Hilfen für die „korrupte Selensky-Clique“(!) mobil gemacht. Tenor: „Immer noch mehr Geld für die Ukraine, während hier im Land noch nicht einmal verschimmelte Schulgebäude repariert werden“ und die „Finanzierung eines gerechteren Rentensystems“ anstehe.

Neues von der Täter-Opfer-Umkehr

Klaus von Dohnanyi, soignierter Ex-SPD-Staatsminister im Auswärtigen Amt, ist im biblischen Alter von 97 immer noch eifrig im Geschäft für einen geopolitisch begründeten Kapitulationsfrieden mit der verteufelten Ukraine. Nach seiner Buchveröffentlichung mit Wagenknechts Vorzeige-Militär Erich Vad, tauchte er nunmehr bei Illner im ZDF (4.Juni) auf, um bei der Täter-Opfer-Umkehr nachzulegen. Ursache von Putins Überfall auf die „sehr nationalistische Ukraine“ seien Selenskys NATO-Pläne gewesen. Immerhin habe Putin mit seinem Krieg erreicht, „dass die Ukraine nicht ungeschoren in die NATO kommt.“ Er sagte „ungeschoren“, als handelte es sich bei Putins Vernichtungskrieg um eine verständliche Strafaktion.

Die stets brillant argumentierende Militärexpertin Claudia Major ließ es sich in Gegenrede nicht nehmen, diese Täter-Opfer-Umkehr als ein bisschen „Kurzer-Rock-Theorie“ darzustellen: „Frauen sind selbst schuld“, oder: Wer sich als Nachbarstaat Russlands eine demokratische Verfassung und staatliche Souveränität herausnimmt, darf sich nicht wundern, von der großen Friedensmacht daran gehindert zu werden. Putins treue ostpolitische Vasallen in der SPD scheinen dessen imperialistische Ziele noch

immer mit legitimen Sicherheitsinteressen gleichzusetzen. „Wäre die Ukraine nicht entschieden gewesen, in die NATO zu gehen, hätte nach meiner festen Überzeugung Putin auch keinen geführt.“ So Hamburgs früherer Erster Bürgermeister. Solange der NATO-Beitritt in der ukrainischen Verfassung stehe, „ist es für Putin schwer, einen vertrauensvollen Frieden zu schließen.“ Und dazu das verräterische Mienenspiel des christdemokratischen Putinverstehers Armin Laschet als Mitdiskutant!

„Hoffnung für Deutschland“

Wie sehr Putin auf die deutsche Querfront setzt, machte er auf seinem Wirtschaftsgipfel in St. Petersburg in öffentlicher Rede deutlich. Denn vier AfD-Abgeordnete waren dort mit seinem Vertrauten, Kirill Dmitrijew, zusammengetroffen. Mit dabei auch Holger Friedrich, Verleger der Kreml-Plattform „Ostdeutsche Allgemeine“. In ähnlicher Mission hielten sich zwei BSW-Europaabgeordnete in Moskau auf. Diese landesverräterisch anmutende Umtriebigkeit läuft unter der Parole ‚Diplomatie statt Kriegstreiberei‘. Man könnte es auch als blanke Wichtigtuerei abtun, solange alle Neofaschisten, Rechtspopulisten und Postkommunisten aus dem Westen sich im Kreml die Klinke in die Hand geben.

Apropos Antifa: In einer ihrer hetzerischen Video-Botschaften denunzierte BSW-Gründerin Wagenknecht zum wiederholten Male die offizielle Ukraine als in der Tradition von Nazi-Kollaborateuren stehend. Die alte *Banderas*-Erzählung, mit der das russische Terrorregime seit nunmehr vier Jahren seine „Spezialoperation“ zu rechtfertigen pflegt.

Schröder on tour

Auch Putins Ex-Kanzler Schröder soll sich in Moskau zum Gespräch aufgehalten haben, nachdem er als Vermittler für den

Friedenstank mit der EU vorgeschlagen worden war. Sie dürften sich wohl kaum über ein gemeinsames Planschen im sommerlichen Oreauda mit einer Gedenkminute für Willy und Leonid unterhalten halten. Wolfgang Pohrt, der geistreiche linke Essayist aus Adornos Frankfurter Schule, hätte wohl kommentiert, ausgerechnet Putins Buddy zum Friedensbotschafter im Ukraine-Krieg zu küren, dies sei in etwa so, wie wenn man einen Sittenstrolch zum Leiter eines Kinderheims ernennen würde.

Da aber in Brüssel – nach Orban, und trotz Fico! - sicher kein Regierungschef auf die Schnapsidee gekommen wäre, den immer noch für die Kriegskasse Putins arbeitenden deutschen Ex-Kanzler als Moderator zu akzeptieren, mandatierte er sich offenbar selbst.

Es sei daran erinnert, wie Schröder sich schon eine moralische Verurteilung der völkerrechtswidrigen Krim-Annexion versagte, indem er – vor prüfender Selbstkritik nur so strotzend – auf das fehlende UNO-Mandat im Kosovo-Krieg verwies. Damit schrieb er offenbar seinem Freund im Kreml einen Völkerrechtsbruch gut.

Höhnisch warnte der Gaslobbyist den empörten Westen davor, auf eine Rückgabe der Krim eines fernen Tages zu hoffen.

Schröder degenerierte dabei zum Sprachrohr Putins und dessen Devise „Wo ein Rotarmist seinen Stiefel draufsetzt – das gehört uns.“